

Nationalitätenpolitik im Wandel der Zeiten

Quelle: <http://bcul.lib.uni.lodz.pl/dlibra/docmetadata?id=4175&from=publication>

Alexander Hoefig - Neue Lodzer Zeitung, 18. Juli 1937

Die Rolle des Deutschsturms im kongreßpolnischen Nationalitätenproblem 1830/31 - 1900

In der vor einer Woche in der neuen „neuen Lodzer Zeitung“ erschienenen Abhandlung über die allgemeinen Ursachen der Einwanderung des Deutschtums nach Kongreßpolen haben wir gezeigt, welcher Art die Einstellung der kongreßpolnischen Regierung gegenüber dem Deutschtum in der Zeit von 1815 bis 1830 war. Jene Politik der kongreßpolnischen Regierung konzentrierte sich ganz auf die Schaffung von Grundlagen für eine Masseneinwanderung und auf eine Bindung des eingewanderten Deutschtums an den Boden der neuen Heimat.

Der Ausbruch des November-Aufstandes (1830/31) machte der Einwanderungsbewegung ein Ende, wobei dann im Maße der sich wiederholenden Reibungen zwischen den Aufständischen und den noch nicht ganz eingelebten deutschen Kolonisten mehr und mehr Rück- und Abwanderungsbewegungen in Erscheinung traten. Wie aus verschiedenen amtlichen Dokumenten hervorgeht, wurden die Reibungen zum Teil von bezahlten russischen Sendlingen hervorgerufen, zum Teil haben sie sich aus dem Verkehr mit den Aufständischen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung ergeben.

Die Lage spitzte es sich zu, je mehr die russische Uebermacht die Aufstandsbewegung zu unterdrücken drohte. Nachdem in den Monaten Februar und März des Aufstandsjahres 1831 eine Reihe von Hinrichtungen erfolgt war, bemächtigte sich des Deutschtums links der Weichsel eine Panik, die sich allmählich in eine Massenabwanderung auswuchs. Von der Abwanderungsbewegung wurden hauptsächlich jene deutschen Elemente ergriffen, die sich noch nicht fest angebaut hatten und deren Loslösung von Polen ohne großen materiellen Schaden möglich war. Um der Abwanderungsbewegung, die auf der Linie der russischen Polenpolitik lag, Einhalt zu tun, entschloß sich die Revolutionsregierung (kurz vor dem Zusammenbruch des Aufstandes) zur Veröffentlichung eines auf die Beruhigung des Deutschtums abzielenden Aufrufes.

Die revolutionäre Regierung Polens an das Deutschtum

Der Aufruf, den die Regierungskommission des Inneren und der Polizei im Einvernehmen mit der Heeresleitung erließ, hatte folgenden Wortlaut:

„Aufruf. Geschehen zu Warschau den 7. April 1831.

Die Regierungskommission des Inneren und der Polizei an die deutschen Siedler des Königreichs Polen.

Der Feind unseres politischen Daseins und unserer Freiheit will durch allerhand heimtückische Tricks das Band der Eintracht zerreißen und den inneren Frieden des Volkes stören, um es dann umso erfolgreicher unterjochen zu können. Durch gemietete Sendlinge, durch unserer Sache feindlich gesinnte Diener des gestürzten Despotismus werden falsche, die öffentliche Meinung vergiftende Schreckensnachrichten, insbesondere unter dem auf dem Lande und in den Fabrikenortschaften angesiedelten deutschen Volke verbreitet.

Nationalitätenpolitik im Wandel der Zeiten

Arbeitsame und brave Siedler!

Nirgends habt Ihr Euch von den tückischen Einflüsterungen übelgesinnter Auführer verführen lassen; immer wart Ihr mit der den Polen eigenen Selbstlosigkeit bereit, mit ihnen zu teilen, habt stets freudig Opfer zur Verteidigung Eurer angenommenen Heimat gebracht in der Überzeugung, daß die Unabhängigkeit des Landes die sicherste Garantie für die Euch verliehenen Rechte und Privilegien bietet. Aber in einigen von evangelischen Glaubensbekennern bewohnten Gemeinden sind leere Befürchtungen zur Ursache des Mißtrauens und der Mißverständnisse geworden. Aus diesem Grunde erklärt die Regierungskommission des Inneren und der Polizei, daß alle im vorerwähnten Sinne verbreiteten Gerüchte trüber Quelle entstammen und nicht das geringste mit der Wahrheit zu tun haben. Den Gerüchten irgendwie Glauben zu schenken, bedeutet das Volk zu beleidigen, in dessen Mitte sich schon damals alle Bekenntnisse einer väterlichen Obhut erfreuten, als blutige Religionskriege die Meinungen anderer Völker teilten, ein Volk, das sich zur Verteidigung der Rechte und Freiheit aller Einwohner ohne Unterschied erhoben hat, dessen rechtmäßige Regierung es als heiligste Aufgabe ansieht, die Rechte und Freiheiten zu schirmen und nicht zu schmälern oder zu nehmen. In der Gewißheit dieser für alle gemeinsamen Obhut und Schirmherrschaft könnt Ihr deutschen Siedler Eurer Arbeit nachgehen. Möge das Vertrauen in Eure Herzen einkehren, möge Eintracht, Glaube und Ausdauer unentwegt Eure und Eurer Mitbrüder Anstrengungen begleiten.

Es lebe die Freiheit. Es lebe das unabhängige Polen!

(gez.) Niemojewski, Präsid.-Minister. W Kozlowski, stellvertr. Generalsekr.

Die Richtigkeit bescheinigt: (gez.) J Genaszewski“.

Der Aufruf wurde von allen Kanzeln verlesen und in gedruckter Form in den deutsch-evangelischen Gemeinden verbreitet. Aus dem Text klingt deutlich die Sorge durch, daß das unter großen Anstrengungen geschaffene Kolonisierungswerk der kongreßpolnischen Regierung durch Provokationen und polenfeindliche Propaganda zerstört werden könnte.

Im Jahre 1831 und 1832 trat tatsächlich eine Abwanderung deutscher Elemente aus den Fabrikenniederlassungen ein, die von den russischen Behörden auf das eingehendste verfolgt wurde. Ueber alle Auswanderungen mußten die Zentralbehörden unterrichtet sein. Der Aufruf zeigt, daß selbst die Organe der Revolutionsregierung von 1830/31 eine mehr als wohlwollende Stellung dem Deutschtum gegenüber einnahmen.

Aber die eigentlichen Ursachen der späteren Abwanderung deutscher Elemente nach Rußland lagen in einer Reihe von Maßnahmen, die die russische Regierung ergriff, um wie es scheint, den weiteren industriellen Aufschwung Kongreßpolens zu unterbinden. Am 14. Februar 1832 wurde das Manifest des Kaisers über die Regierung- und Verwaltungsreform des Königreichs Polen und das sogenannte „Organische Statut“ veröffentlicht, das das polnische Staatswesen auf eine ganz neue Grundlage stellte. Gleichzeitig wurde mit der Durchführung der Verwaltungsreform der Eroberer von Warschau, der in den Fürstenstand erhobene Graf Paszkiewicz, beauftragt und zum Statthalter ernannt. (Vergl. Dziennik Praw Król. Polsk., Band 14, Seite 160 ff. Seite 172 ff. und Seite 24 ff.)

Nachdem im Prinzip die Auswanderung nach Rußland allseitig gefördert werden sollte, ließ später der Kaiser das Dekret gehen, das direkt auf die Entvölkerung Polens hinauslief. Es war dies das Dekret, dass die Einführung des Rechts der Uebersiedlung von Deutschen und Polen nach Rußland und von Russen nach Polen anordnete. Das Dekret wurde am 8. Juni 1836 erlassen. – (Vergl. Dz. Pr. Kr. Pol., Bd. 19, Seite 294 bis 300). Polen sollte ein mit Russen und Juden durchsetzte Völkermosaik werden.

Nationalitätenpolitik im Wandel der Zeiten

Die Aera Paszkiewicz

Die aufgrund der neuen kaiserlichen Bestimmungen eingeleitete Nationalitätenpolitik in Polen suchte sich in erster Linie die Sympathien der deutschen Elemente für Rußland zu sichern und ließ diese auf dem Gebiete des Erziehungswesens ganz vom Mehrheitsvolk der Polen isolieren, um im Falle einer erneuten revolutionären Bewegung die eine Partei gegen die andere ausspielen zu können. Die verschlagenen der Paszkiewicz'schen Nationalitätenpolitik in Kongreßpolen äußerte sich hauptsächlich im Bestreben, die nationalen Gegensätze zwischen dem deutschen Gastvolk und dem polnischen Wirtsvolk zu verschärfen und zu vertiefen. Dieses Ziel erreichte die Politik der neuen Regierung, indem alle Deutschen, die während des Aufstandes irgendwie gelitten hatten, Entschädigungen und Auszeichnungen erhielten, während die Polen, insbesondere die adligen Grundbesitzer, wegen patriotischer Gesinnung enteignet und verbannt wurden. Pastoren und Lehrer, die sich während des Aufstandes als Russenfreunde gezeigt, wurden zu Belohnungen und Auszeichnungen vorgestellt. Die Kirche wurde in den Dienst der neuen Politik gestellt.

Es ist klar, daß die Lage sich im Inneren zu Ungunsten des Deutschtums verschob, je schärfer der Russifizierungskurs fortgesetzt wurde. Das Deutschtum war dadurch zweien Feuern ausgesetzt, die beide zu entvolken suchten.

Diese Entvolkungstendenzen offenbarten sich hauptsächlich in den Akten des Schulwesens jener Zeit. Das Gesetz der Regelung des Elementarschulwesens vom Jahre 1839 hob den Unterricht der russischen Sprache auf eine besondere Stufe, während der Unterricht in der Muttersprache vorläufig noch unangetastet blieb. Die Schulbehörden hatten darüber zu wachen, daß den Kindern drei Sprachen beigebracht wurden, statt einer. Noch mehr Nachdruck wurde auf die Russifizierung der Mittelschulen gelegt. Die Deutschen in Lodz und Warschau sollten Realschulen erhalten, in denen das Polnische ganz ausgeschaltet und der Unterricht in russischer Sprache unter Berücksichtigung der deutschen Sprache zu führen sei. In Sachen der Gründung einer solchen Schule entspann sich, wie wir schon einmal dargelegt haben, zwischen dem Kaiser Nikolaus und dem Statthalter - nach den diesbezüglichen Akten - eine charakteristische Auseinandersetzung, die wir hier kurz wiedergeben wollen.

Kaiser Nikolaus wünschte für alle Provinzen seines Kaiserreiches „einheitliche“ Schulen, d.h. russische Schulen. Statthalter Paszkiewicz wollte aber die deutsche Jugend von der polnischen trennen, d.h. die Jugend beider Nationalitäten gesondert erziehen lassen, weil er überzeugt war, daß sich die Russifizierung dadurch leichter durchführen lassen werde. Aus diesem Grunde schrieb er dem Zaren, der anfänglich gegen das Projekt einer „Russisch-Deutschen Realschule“ in Polen war, u.a. folgendes:

„Indem ich es für vorteilhaft erkannt habe, daß die Kinder der Deutschen schlimmsten (sic!) Falles Deutsche bleiben und nicht Polen werden, so bin ich dafür, in Warschau (und auch in Lodz) eine Russisch-Deutsche Schule nach dem Muster der St. Petri-Schule in St. Petersburg einzurichten und diese mit russischen Professoren zu besetzen“...

Also: eine russisch-deutsche Schule mit russischen Professoren und russischer Unterrichtssprache, war das Ziel des Statthalters, um das Deutschtum umso leichter entnationalisieren zu können und es dem Einfluß des Polentums zu entziehen. Die Polen wiederum wurden mit Schulen bedacht, die das gleiche bei den polnischen Kindern erreichen sollten: diese zu Russen zu machen. Die Erwägungen des Statthalters werden noch deutlicher, wenn er an einer anderen Stelle seines Berichtes schreibt:

„Im Königreich Polen leben sehr viele Deutsche und ein Teil dieser Deutschen wohnt in Warschau. Der letzte große Aufstand hat gezeigt, daß die Deutschen im Königreich Polen, mit Ausnahme einiger Personen der evangel.-augsbургischen Gemeinde in Warschau, Leute sind, die unserer (russischen)

Nationalitätenpolitik im Wandel der Zeiten

Regierung durchaus abgeben scheinen. Die Kinder dieser Deutschen werden gemeinsam mit den Kindern der Polen erzogen in Schulen, in denen sie polonisiert und ihrem eigenen Volkstum entfremdet werden. Diesem Zustand muß durch Errichtung von Spezialschulen ein Ende bereitet werden...“

Paszkievicz empfahl dem Kaiser, vom Prinzip der Einheitsschule abzuweichen. Eine solche Spezialschule erhielt Lodz, die den Namen „Russisch-Deutsche Realschule“ führte und mit der Zeit zu einer ganz russischen Lehranstalt umgestaltet wurde. Hieraus ergibt sich die Einstellung der Politik des Statthalters passt hiermit Paszkievicz zur „Erhaltung“ des Deutschtums im Königreich Polen.

Das Schulgesetz von 1864 räumte mit den Sprachenparagrafen des alten Gesetzes von 1839 endgültig auf. Die Elementarschulen sowohl als auch die Mittel- und Hochschulen Kongreßpolens wurden rücksichtslos russifiziert. Das Lodzer Unikum einer „Russisch-Deutschen Realschule“ wurde in eine russische Gewerbeschule (die später den Namen einer Höheren Gewerbeschule erhielt) umgestaltet, zu der schon der Name der alten Realschule auch nicht mehr paßte.

Statthalter von Berg und das Deutschtum in Kongreßpolen

nach Niederwerfung des Januar-Aufstandes (1863) brach eine neue Aera der Russifizierung Kongreßpolens. Die allgemeine Politik des Statthalters von Berg ging dahin, das Deutschtum und das Judentum gegenüber dem Polentum durch Verschärfung der nationalen Gegensätze auszuspielen und durch allerhand Maßnahmen das kongreßpolnische Völkermosaik zu vergrößern. Immer, wenn eine revolutionäre Bewegung in Polen einsetzte, wurden die den Juden angelegten Fesseln gelockert und alle Drangsalierungen des jüdischen Volkes hörten auf. So war es nach dem Aufstand von 1830/31 und so war es nach 1863. Das Judenrevier wurde stillschweigend aufgehoben und den Juden gestattet, sich überall anzusiedeln, wo ihnen das Wohnrecht früher nicht zustand. Nach 1863 eroberten sich die Juden in Lodz allmählich die Lodzer Neustadt, und schließlich auch die übrigen Stadtviertel, in denen anfänglich nur deutsche wohnen durften.

Ueber die systematische Erweiterung des Lodzer Judenviertels liegen zahlreiche Dokumente vor, die die Nationalitätenpolitik der Regierung in Kongreßpolen seit 1830/31 bis zur Jahrhundertwende illustrieren. Sie füllen ein umfangreiches Kapitel der Geschichte der Minderheiten in Polen, das erst gründlich untersucht und behandelt werden muß.

Bevor wir unsere Ausführungen schließen, wollen wir noch eine interessante Rede wiedergeben, die das Verhältnis des Statthalters Grafen Berg dem Deutschtum gegenüber offenbart.

Als im Jahre 1865 die Lodzer Fabrikbahn eröffnet wurde, kam der Statthalter nach Lodz, um der Verkehrsübergabe der Bahn beizuwohnen. Auf einem ihm zu Ehren gegebenen Bankett sagte Graf Berg - nach einem Bericht der „Lodzer Zeitung“:

„Die Stadt Lodz bildet eine interessante Erscheinung im Lande Polen. Ihren Wohlstand verdankt sie der deutschen Industrie, dem deutschen Unternehmungsgeist und dem deutschen Fleiß. Nach Warschau ist Lodz die bevölkerungsreichste Stadt des Königreichs, denn sie zählt über 40 000 Einwohner, wovon zwei Drittel Deutsche sind. Lodz ist die Metropole für 100 000 gewerbetreibende Deutsche, die in verschiedenen Städten und Siedlungen wohnen. Ich glaube, diesen Einwohnern einen guten Rat zu geben, wenn ich sie zur Befolgung der Tugenden ihrer Väter und zur Wahrung ihres deutschen Charakters ermahne, der sie immer wieder auszeichnen sollte und der immer ihre Lage wohltätig beeinflussen wird.“

Nationalitätenpolitik im Wandel der Zeiten

So sagte Statthalter Berg. Gleichzeitig nahm er den Deutschen die Möglichkeit, sich durch deutsche Schulen geistig zu entwickeln, ebenso wie es den Deutschen damals unmöglich war, sich zu organisieren und für die Belange des Deutschtums einzutreten. Durch das Vereinsverbot war den Deutschen überhaupt die Möglichkeit der Pflege deutscher Eigenart genommen.

Erst die Jahrhundertwende brachte eine Aenderung. Der revolutionären Bewegung von 1905 war es zu verdanken, daß der Unterricht in den Elementarschulen Kongreßpolens in der Muttersprache geführt werden durfte. Aber inzwischen war das Bildungsniveau des Deutschtums so stark gesunken, daß einer der Lodzer Pastoren gelegentlich der Eröffnung einer deutschen Lehranstalt in Lodz mit Recht sagen konnte:

„...Vor beinahe hundert Jahren wurden die Deutschen zur Einwanderung nach Kongreßpolen bewogen. Im die Einwanderer fanden hier eine neue Heimat, einen neuen Wirkungskreis und sie betätigten sich auf allen Gebieten des Lebens in bahnbrechender Weise. In freudiger Arbeit und rastlosem Schaffen verbreiteten sie damals das, wozu sie berufen waren: die Kultur des Bodens und die Kultur der Bildung. Wie steht es aber nun heute mit der Kultur der Nachkommen dieser und später eingewanderten Deutschen? Der Analphabetismus und die Unkultur sind erschreckend eingezogen und die, die einst zur Hebung des Landes und seiner Produktivität berufen wurden, sind heute nach einer kaum hundertjährigen Entwicklung nicht mehr in der Lage, vorbildlich zu wirken, sondern viele sind so weit gesunken, daß sie auf das niedrige Niveau gekommen sind, wo sie allen Grund haben, selbst zu lernen...“

Dieses erschütternde Bild zeichnete vom Stande der deutschen Bildung in Polen ein evangelischer Pastor, der die Verheerungen der russischen Nationalitätenpolitik in Polen aus eigener Anschauung und Erfahrung kennengelernt hatte.

Nach Einführung des Unterrichts in der Muttersprache in Polen schrumpfte das Nationalitätenproblem von vier auf drei Parteien zusammen: Polentum, Deutschtum und Judentum. - Aber die von den Russen verschärften und vertieften Gegensätze blieben bestehen und wirkten lange nach.